



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 3. Dezember 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 643 Postulat Estermann Rahel und Mit. über die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE): Bestandesaufnahme – Perspektiven / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Urban Sager beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Rahel Estermann hält an ihrem Postulat fest.

Rahel Estermann: Sie kennen diesen Moment aus Ihrer politischen Tätigkeit nur zu gut: Sie beginnen sich mit einem Thema zu beschäftigen und merken mit der Zeit, dass alles viel komplizierter ist als gedacht. Es tauchen Fragen auf, die Sie noch nicht beachtet haben. So handelt es sich beim zentralen Verwaltungsgebäude am Seetalplatz nicht einfach nur um vier Wände und ein Dach, sondern es geht auch um die Einrichtung und die Organisationsstruktur, und die Baumaterialien sollen ökologisch, ökonomisch und sinnvoll eingesetzt werden. Es gibt vielfältige Zusammenhänge, unsere Welt ist vernetzt und komplex. Soll das zentrale Verwaltungsgebäude in Emmenbrücke nachhaltig sein und funktionieren, muss frühzeitig an die ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimensionen gedacht werden. Genau darum geht es bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Das Thema wird nicht als isolierter Stoff betrachtet, sondern innerhalb der komplexen sozialen, ökonomischen und ökologischen Zusammenhänge, in die es eingebettet ist. Somit ist BNE in unserer vernetzten, komplexen Welt eine Notwendigkeit. Das haben Bund, Kantone und die verschiedenen Akteure in der Bildungslandschaft erkannt. BNE ist Teil des Lehrplans 21, und auch die Rektorenkonferenz der Schweizerischen Hochschulen (COHEP) hat ein ganzes Dossier erarbeitet, wie BNE umgesetzt werden soll. Leider ist BNE in vielen Bereichen immer noch ein Papiertiger. Die Regierung nennt zwar in ihrer Stellungnahme diverse Beispiele, wo BNE-Themen in den Inhalten der verschiedenen Bildungsstufen vorkommen. Aber wie steht es um die konkrete Umsetzung, zum Beispiel an der Pädagogischen Hochschule (PH)? Sie ist ja die wichtigste Akteurin in dieser Beziehung, weil sie die Lehrpersonen befähigen soll, nach BNE-Prinzipien zu unterrichten. Die CHOEP hat wie erwähnt 2012 ein Papier ausgearbeitet, wie man unterrichten soll. In einzelnen Modulen kommt aber BNE heute immer noch nicht vor. Es ist noch nicht flächendeckend oder in den Weiterbildungen umgesetzt. Es braucht Zeit, aber inzwischen sind immerhin sieben Jahre verstrichen. Heute ist es möglich, als Lehrperson mit dem Lehrplan 21 zu unterrichten ohne BNE-Weiterbildung. Es bestehen aber auch immer noch andere Lücken. Man kann auch in anderen Bildungsstufen aufzeigen, dass BNE noch nicht da ist, wo wir es erwarten, obwohl es so wichtig ist. Deshalb muss sich der Kanton nochmals Gedanken darüber machen, was es braucht, um BNE zu implementieren. Genau das will mein Postulat. Die G/JG-Fraktion bittet Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Urban Sager: BNE ist vor allem in der Volksschule dank dem Lehrplan 21 gut verankert und wird durch die Lehrpersonen nach und nach umgesetzt. In den Gymnasien werden die

Lehrpläne in der nächsten Zeit überarbeitet, auch auf nationaler Ebene gibt es entsprechende Bemühungen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Es ist wichtig, BNE vor allem am Langzeitgymnasium richtig umzusetzen und die entsprechenden Bildungsziele zu übernehmen. Der Regierungsrat erklärt in seiner Stellungnahme, dass er die Lehrpläne entsprechend überarbeitet. Mit der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats möchte ich den Regierungsrat dazu verpflichten, dass BNE auch an den Gymnasien konsequent umgesetzt wird. In etwas mehr als einem Jahr gehen die ersten Schülerinnen und Schüler von der Volksschule ab, die gemäss Lehrplan 21 unterrichtet wurden. Diese Lernenden bringen neue Voraussetzungen mit, was für die Schnittstelle zwischen den Sekundarstufen I und II eine grosse Herausforderung darstellt. Die Berufsschulen und die Gymnasien sollen entsprechend auf BNE vorbereitet werden. Dieses Problem wurde bereits erkannt und ist ein weiterer Punkt, warum ich die teilweise Erheblicherklärung beantrage. Mit meiner teilweisen Erheblicherklärung verlange ich keinen Bericht, sondern dass der Lehrplan an den Gymnasien angepasst und die Schnittstelle in den Fokus genommen wird.

Rosy Schmid-Ambauen: Der FDP ist eine nachhaltige Bildung sehr wichtig. Die Regierung bestätigt in ihrer Stellungnahme, dass BNE zum öffentlichen Bildungsauftrag gehört und dass das Thema Nachhaltigkeit in der Kantonsstrategie 2019–2023 unter Leitsatz 4 festgehalten wird. Die Regierung legt dar, dass sie bezüglich nachhaltiger Bildung sehr weit geht und der verlangte Bericht keinen Mehrwert bringt. Der FDP ist die Nachhaltigkeit sehr wichtig, aber insbesondere eine ganzheitliche Betrachtung. Dazu braucht es Ausbildung und Information. Die FDP-Fraktion folgt der Regierung und lehnt das Postulat ab. Noch etwas zur Schnittstelle zwischen den Sekundarstufen I und II: Dieses Thema betrifft aufgrund des Lehrplans 21 nicht nur die nachhaltige Bildung, sondern es ist im ganzen Bereich wichtig. Darum lehnen wir auch die teilweise Erheblicherklärung ab.

Christine Kaufmann-Wolf: Das Postulat wurde vor einem Jahr eröffnet. In der Zwischenzeit wurde der Klimathematik viel Aufmerksamkeit geschenkt, und es hat sich viel getan. Die Forderung ist gut und wichtig, doch die nachhaltige Entwicklung ist in der Bildung schon lange präsent. Alle Bildungsstufen im Kanton befassen sich mit einer nachhaltigen Entwicklung, das gehört zum Bildungsauftrag des Kantons. Die Stellungnahme des Regierungsrates entspricht aus Sicht der CVP bereits der gewünschten Bestandesaufnahme. Sie zeigt breit auf, wo die Thematik im Lehrplan auf den verschiedenen Schulstufen integriert ist. Für die CVP-Fraktion reicht die Stellungnahme des Regierungsrates, deshalb lehnen wir das Postulat ab.

Bernhard Steiner: Die Stellungnahme der Regierung zeigt sehr gut auf, wie BNE im Kanton Luzern bereits auf allen Schul- und Ausbildungsstufen umgesetzt wird. Ein zusätzlicher Bericht bringt kaum einen Mehrwert und ist deshalb nicht nötig. Ist Ihnen bekannt, was sich hinter dem Begriff BNE eigentlich versteckt? Der Begriff wurde 1972 erstmals am UN-Umweltkongress in Stockholm formuliert. Ich zitiere aus der Unesco-Homepage: «Entwicklung ist dann nachhaltig, wenn Menschen weltweit, gegenwärtig und in Zukunft, würdig leben und ihre Bedürfnisse und Talente unter Berücksichtigung planetarer Grenzen entfalten können.» Dagegen gibt es eigentlich nichts einzuwenden. Der nächste Satz muss aber zum Denken anregen: «Eine solche gesellschaftliche Transformation erfordert starke Institutionen, partizipative Entscheidungen und Konfliktlösungen, Wissen, Technologien sowie neue Verhaltensmuster.» Diese Formulierung macht die Absicht deutlich, die Bürgerinnen und Bürger durch institutionelle Bildung und Manipulation im Sinn von Social Engineering zu erziehen und ihr Verhalten zu beeinflussen. Das war sonst nur in sozialistischen Staaten üblich. Es widerspricht definitiv unserem freiheitlichen Denken, dass bei der Umsetzung dieser Ziele auch starke Institutionen gefordert werden. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Angelina Spörri: Bildung, Forschung und Entwicklung sind wichtige Errungenschaften der Schweiz und haben eine sehr grosse Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Schweiz. BNE gehört in allen Bereichen als wichtiger Bestandteil dazu und ist bereits heute Teil des öffentlichen Bildungsauftrags. Die GLP unterstützt die Erwerbung von Kompetenzen und

Wissen für eine nachhaltige ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Der Regierungsrat zeigt in seiner Stellungnahme auf, dass BNE im Kanton Luzern bereits auf allen Bildungsstufen aufgenommen und vermittelt wird. Er erwähnt aber auch, dass auf der Gymnasialstufe noch daran gearbeitet werden muss. In der Berufsbildung sind die Rahmenlehrpläne durch die nationale Bildungsverordnung geregelt, aufgenommen und im Lehrstoff integriert. Aus Sicht der GLP ist die Wichtigkeit auf allen Stufen erkannt. Nach der ausführlichen Stellungnahme des Regierungsrates erscheint uns die Erstellung eines Berichts nicht nötig. Da es wichtig ist, sich des Themas weiterhin anzunehmen, stimmen wir der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats zu.

Jonas Heeb: Einerseits wurde erklärt, dass bezüglich Nachhaltigkeit bereits genug getan werde, und andererseits hat man das Gefühl, es gehe um eine institutionelle sozialistische Weltrevolution. Aus Sicht der G/JG-Fraktion trifft keine dieser beiden Ansichten zu. Die Stellungnahme der Regierung ist ein Beispiel dafür, dass BNE überhaupt nicht umgesetzt wird. Ein bisschen BNE hier und dort, und im Unterricht werden die Umweltthemen ebenfalls angesprochen. Aber von der Grundidee des vernetzten Denkens ist in der Stellungnahme wenig zu lesen. Wer heute an einer Luzerner Schule Fächer integrieren will, braucht viel Eigeninitiative und einen sehr langen Atem. Entsprechend wenig wird es gemacht. Es gab zwar den Versuch, solche fächerübergreifenden Projekte zu starten, aber das mühsame Vorgehen hat den Erfolg und die Verbreitung solcher Projekte verhindert. Die Rahmenbedingungen sehen keinen fächerübergreifenden Unterricht vor. In der Berufsbildung gibt es zwar mit dem allgemeinbildenden Unterricht ein übergreifendes Fach, die Verantwortung der Umsetzung liegt aber allein bei den Lehrpersonen oder den Lehrbetrieben. Wie sollen sie ein solches Konzept ohne Unterstützung umsetzen? Davon steht in der Stellungnahme nichts. An der Universität Bern gibt es ein eigenes Team, das Workshops, Beratungen, Materialien und Vernetzung anbietet, um die Dozierenden dabei zu unterstützen, dem BNE-Auftrag gerecht zu werden. Auch die Universitäten Basel, St. Gallen und Zürich befassen sich verstärkt mit dem Thema Nachhaltigkeit. Die Universität Luzern hingegen verfügt weder über eine Nachhaltigkeitsstelle noch über eine Nachhaltigkeitsstrategie. Die Initiative zur Umsetzung von Projekten, wie dem in der Stellungnahme erwähnten Food-Waste-Projekt, basieren einzig und allein auf dem Engagement einzelner Dozierender. Zudem gibt es bei der Umsetzung solcher Projekte grosse Hindernisse. Beim genannten Food-Waste-Projekt durfte erst nach einem mühsamen, langen Kampf und dank einer Ausnahmegewilligung ein Apéro mit vor dem Abfall geretteten Lebensmitteln durchgeführt werden. Währenddem andere Universitäten ganze Veranstaltungen zu diesem Thema durchführen und sich aktiv damit beschäftigen, gibt es an der Universität Luzern keinen Anreiz für Forschende, zum Beispiel weniger zu fliegen. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Hausordnung der Universität zu ändern, aber diese Beispiele zeigen, dass es noch viel mehr braucht, um die BNE-Grundsätze im Kanton zu fördern. Die geforderte Bestandesaufnahme wäre ein Beitrag dazu. Wir bitten Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Gaudenz Zemp: Die Nachhaltigkeit umfasst drei Dimensionen: eine ökologische, eine soziale und eine ökonomische. Die FDP hat den Eindruck, dass das Problem nicht daran liegt, dass BNE an den Schulen zu wenig angewandt wird, sondern darin, dass man zu stark auf ökologische und soziale Aspekte fokussiert ist. Was hingegen zunehmend fehlt, ist eine bessere Bildung bezüglich der ökonomischen Belange der Nachhaltigkeit. Wenn man die aktuelle Klimadiskussion und die Demonstrationen der Jugendlichen auf der Strasse verfolgt, stellt man fest, dass ökonomische Überlegungen und die entsprechenden Sachzwänge wenig bekannt sind und entsprechend wenig berücksichtigt werden. Es ist alarmierend, wie wenig die Mechanismen einer freien Marktwirtschaft und ihr Nutzen von den Jugendlichen verstanden und erkannt werden. Wenn die Wirtschaft überhaupt ein Thema ist, dann meistens im negativen Sinn. Im Moment laufen wir Gefahr, die Balance zu verlieren. Wir sind der Meinung, dass BNE an den Schulen wichtig ist und bereits umgesetzt wird. Innerhalb dieser Bildungselemente muss aber die Balance neu justiert werden. Die drei Dimensionen müssen ausgewogen unterrichtet werden, und die Ökonomie muss eindeutig mehr Gewicht

erhalten. Die Jungen müssen die Vor- und Nachteile der Wirtschaft verstehen. Nur so können die Ziele bezüglich Nachhaltigkeit und Ökologie auch wirklich erreicht werden.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Wie Sie unserer Stellungnahme entnehmen können, setzen wir BNE auf den verschiedenen Stufen bereits um. Bei den Gymnasien wurde erst dieses Schuljahr damit begonnen, und es besteht deshalb noch ein gewisser Nachholbedarf. Bei den Berufsschulen ist die Umsetzung erfolgt. Die PH spielt tatsächlich eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung von BNE, dort werden die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet. Wenn die PH die Umsetzung nicht selber an die Hand nimmt, muss der PH-Rat dafür besorgt sein. Ich selber kann aber nicht beurteilen, wie es an der PH Luzern bezüglich der Umsetzung von BNE aussieht. Entsprechende Papiere gibt es zur Genüge, sie müssen einfach umgesetzt werden. Es ist unsere Daueraufgabe, laufend an den Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien zu arbeiten. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 75 zu 21 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat das Postulat mit 61 zu 34 Stimmen ab.